

Vogtletter

In dieser Ausgabe:

Große Koalition - Kleine Schritte? fragt Rolf Schwanitz auf Seite 2.

Der **Krankenkassenüberschuss im Jahr 2006** ist nicht nur einen Bericht, sondern auch einen Kommentar wert. Beides ist auf Seite 2 zu finden.

Auf Seite 3 wird über den **SPD-Stammtisch in Plauen** berichtet. Daneben ist dort ein Artikel über mehr **Sicherheit bei Arzneimitteln** zu finden.

Wir starten heute unsere **neue Rubrik "Alltag vor 20 Jahren"**. Anders als ähnliche "Erinnerungen" in Tageszeitungen will der Vogtletter damit an unseren politischen Alltag vor nur zwei Jahrzehnten erinnern. All dies stand damals in unserer Tageszeitung. Lassen Sie sich auf Seite 4 erinnern und überraschen.

Die Seite 5 widmet sich ganz dem früheren **SPD-Vorsitzenden Alwin Gerisch aus Rautenkranz**, der vor 150 Jahren geboren wurde.

Auf der letzten Seite geht es u. a. um die **Post in Mühltröf**. Außerdem machen sich hier die **frechen Strolche** Gedanken über die Auswirkungen des Plauer OB-Wahlkampfes auf die vogtländische Presse-landschaft. Und selbstverständlich ist dort auch wieder der Termin der nächsten **Bürgersprechstunde** zu finden.

Die Debatte geht weiter



Die Tarifpartner müssen mit tarifvertraglichen Regelungen die Übergänge in die Rente weiter gestalten
Foto: PixelQuelle.de

Der Deutsche Bundestag hat beschlossen, das Renteneintrittsalter bis 2029 schrittweise auf 67 Jahre anzuheben. Zugleich sollen mit der ebenfalls beschlossenen Initiative 50plus die Beschäftigungschancen älterer Menschen verbessert und so die Beschäftigungsquote Älterer erhöht werden. Mit dieser Entscheidung wird das Rentensystem auf eine solide Finanzgrundlage gestellt und langfristig gesichert. Schließlich soll das Rentensystem auch in Zukunft funktionieren und Generationengerechtigkeit herrschen.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist die Anhebung des Rentenalters kein Selbstzweck, deshalb wurde im Gesetzentwurf eine Vorbehaltsklausel verankert. Danach ist die Bundesregierung verpflichtet, ab 2010 regelmäßig darüber zu berichten, ob die Maßnahmen des Gesetzes mit der Entwicklung der Arbeitsmarktlage und der wirtschaftlichen und sozialen Situation älterer Arbeitnehmer vereinbar sind. Damit soll eine Revision der Entscheidung über die Anhebung des Renteneintrittsalters ermöglicht werden. Denn die Anhebung des Renteneintrittsalters darf trotz aller Notwendigkeiten nur umgesetzt werden, wenn sie mit den tatsächlichen Entwicklungen am Arbeitsmarkt im Einklang steht. Die Debatte über ein längeres Erwerbsleben steht nach Ansicht von Rolf Schwanitz auch erst am Anfang. So werden die SPD und die SPD-Bundestagsfraktion eine gemeinsame Arbeitsgruppe einrichten, die sich mit dieser Frage weiter intensiv beschäftigen wird. Dabei geht es u. a. darum, durch die Verbindung von tarifvertraglichen Regelungen und Teilrente Altersübergänge weiter zu gestalten. Themen wie Erwerbsminderung und Erwerbsunfähigkeitsrente werden in dieser Arbeitsgruppe ebenso eine Rolle spielen, wie "lebenslanges Lernen" und "Humanisierung der Arbeitswelt". Rolf Schwanitz: "Wir werden uns also auch nach der Entscheidung des Deutschen Bundestages zur 'Rente mit 67' weiter mit diesem Thema beschäftigen und Lösungsvorschläge für die Zukunft erarbeiten."

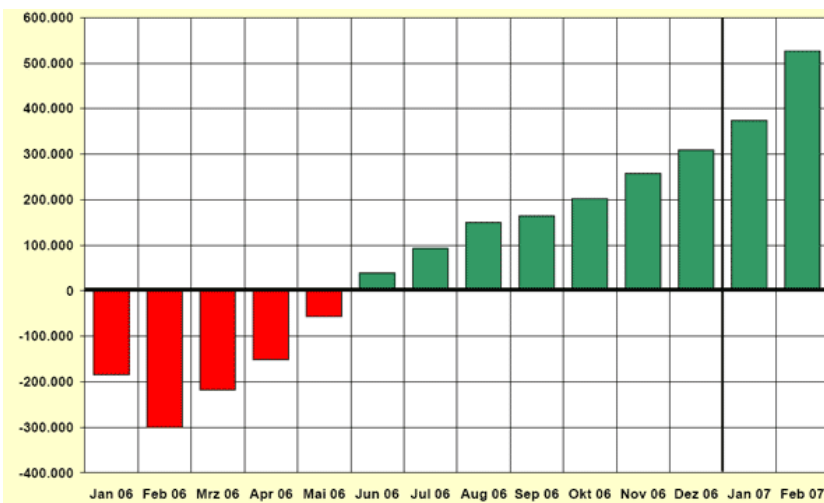
Rauchverbot im Bundestag

Für ein strenges Rauchverbot im Bundestag setzt sich Rolf Schwanitz gemeinsam mit anderen Bundestagsabgeordneten in einem Schreiben an Bundestagspräsident Lammert ein. Bis jetzt ist zwar im Plenarsaal und in Sitzungssälen das Rauchen verboten, auf den Gängen darf jedoch geraucht werden. Das geplante Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden gilt formell nicht für den Bundestag, da er als Souverän solche Entscheidungen selbst treffen muss. Rolf Schwanitz hatte bereits im Herbst vergangenen Jahres einen interfraktionellen Antrag unterstützt, mit dem ein Rauchverbot für alle öffentlichen Bereiche (öffentliche Gebäude, Verkehrsmittel, Schulen, Universitäten, Gastronomie) angestrebt wurde. Nach Auffassung von Rolf Schwanitz darf der Bundestag beim Rauchverbot keine Ausnahme machen: "Der Deutsche Bundestag muss auch beim Schutz vor Passivrauchen seiner Vorbildfunktion gerecht werden. Ein Rauchverbot muss auch in den Räumen des Deutschen Bundestages gelten."



Noch ist im Reichstag Rauchen erlaubt

Krankenkassen erzielen Überschuss



Entwicklung der Zahl der GKV-Mitglieder im Vergleich zum Vorjahresmonat

Die gesetzliche Krankenversicherung hat bei einem Ausgabenvolumen von rd. 147,6 Mrd. Euro das Jahr 2006 auf Basis der vorläufigen Finanzergebnisse mit einem Überschuss von 1,73 Mrd. Euro abgeschlossen. Die Schere zwischen Ausgabeanstieg und Einnahmewachstum hat sich im Laufe des Jahres 2006 im-

mer mehr geschlossen. Zur Abflachung der Ausgabenzuwächse haben maßgeblich die rückläufigen Arzneimittel- und Spargruppenbeiträge des letzten Jahres beigetragen. In den neuen Ländern stiegen die Ausgaben für die ambulante ärztliche Behandlung um 6,6 Prozent. Dies deutet auf eine klare

Verbesserung der Honorarsituation der ostdeutschen Ärzte hin. Für Rolf Schwanitz ist der hohe Überschuss ein wichtiger Schritt zur finanziellen Konsolidierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Die steigenden Beschäftigtenzahlen sowie die konsequente Umsetzung der mit der Gesundheitsreform vorgesehenen Einsparungen bieten eine gute Voraussetzung dafür, dass die gesetzliche Krankenversicherung im Jahr 2009 schuldenfrei in den Gesundheitsfonds starten kann.

Kurz kommentiert

Umdenken ist gefragt

Wie haben sie alle geklagt und geschrien, die Vorstände der Krankenkassen und ihre Verbände! Riesen Defizite würden sie einfahren bis Ende 2006. Es ist völlig anders gekommen. Die neuen Gesetze und die Konjunktur haben den Kassen ein sattes Plus gebracht. Eigentlich müssten die Vorstände nun auch die Beitragssatzerhöhungen kritisch auf den Prüfstand stellen. Sie wurden einmal mehr kurz vor Weihnachten hinter verschlossenen Türen beraten und verkündet. Aber daran denkt in den Kassen wohl niemand. Weder die gut bezahlten Vorstände, noch die Gewerkschaften und Arbeitgeber, die im Verwaltungsrat der Kasse die Anhebung beschlossen haben. Hier gilt das Motto, was man hat, das hat man. Es wird höchste Zeit, dass mehr Transparenz und Wettbewerb um die Versicherten ein neues Denken in den Entscheidungsebenen der Kassen erzwingt. Eine Mentalität nach Gutsherrenart hat hier jedenfalls nichts zu suchen. Und noch etwas muss jetzt zügig angegangen werden: Der solidarische Abbau der Altschulden in den Kassenarten. Das betrifft vor allem die AOK. Noch herrscht hier eine Bunkermentalität. Doch wer sich fit machen will für den neuen Wettbewerb, sollte schleunigst mit dem Umdenken beginnen.

Rolf Schwanitz



Große Koalition - kleine Schritte ?!



Sven Schulze, Vorsitzender des SPD-Stadtverbands Chemnitz und Rolf Schwanitz

Unter diesem provokanten Titel stand der Politische Aschermittwoch der SPD-Chemnitz im Renaissance-

Hotel, an dem rund 80 Interessierte teilnahmen. Als profunder Kenner mit langjähriger Regierungserfahrung konnte dabei Rolf Schwanitz die Zuhörer mit einer ordentlichen Portion Selbstironie überraschen. So seien große Koalitionen keine Notlösungen oder Krisenkabinette, sondern die "ideale" Regierungsform schlechthin. Das Wahlvolk bekäme endlich, was es immer schon wollte. Die Medien müssten rot-grüne Feindbilder vergessen und die Abgeordneten könnten sich bei solchen Mehrheiten populistisch austoben, wo und wie sie gerade Lust hätten.

Deshalb: Schluss mit dem Genörgel, es lebe die Große Koalition! Im Anschluss an diesen humoristischen Teil gab Schwanitz einen sachlichen Einblick in den nicht immer konfliktfreien Umgang in der Regierungskoalition am Beispiel der Gesundheitsreform. Das Ringen um Kompromisse, die Wirkung von Lobbyisten, die diversen Abstimmungs- und Aushandlungsprozesse, das Treffen und Brechen von Vereinbarungen - all dies kennzeichnete die Verhandlungen in der Großen Koalition. Erwartungsgemäß war die Gesundheitsreform der Hauptpunkt der anschließenden Diskussion. Schwanitz war sich sicher, dass dieses Thema auch den 2009er Bundestagswahlkampf bestimmen werde.

SPD-Stammtisch in Plauen

Beim letzten SPD-Stammtisch im Plauener Schildstübl war Frau Ilona Thoß, Geschäftsführerin der Plauener ARGE, zu Gast. Frau Thoß berichtete über die Arbeit der ARGE im Jahr 2006. Insgesamt wurden über 8 Millionen Euro für Eingliederungsleistungen ausgegeben und fast 14.000 Anträge auf Arbeitslosengeld II bearbeitet. Problematisch ist nach ihrer Ansicht, dass es zwar zunehmend gelingt, Arbeitslose zu vermitteln, die Arbeitsstellen aber so schlecht bezahlt seien, dass die Menschen trotzdem noch ALG II beziehen würden. Frau Thoß wies auch auf das Problem arbeitsloser Jugendlicher hin, die sich weigern würden, Angebote anzunehmen, lieber auf Gelder verzichten und dafür in der Stadt betteln gehen bzw. "schwarz" ar-

beiten. Diskutiert wurde daneben über die Arbeitsgelegenheiten und die Frage, ob sie zur Verdrängung regulärer Arbeit führen. Frau Thoß erläuterte, dass die so genannten Ein-Euro-Jobber nur nach einer Unbedenklichkeitserklärung durch die IHK vermittelt werden. Mögliche Verstöße können der IHK oder im Pflegebereich, Herrn Dr. Denckewitz vom Diakonischen Werk in Plauen, gemeldet werden. Nach Angaben von Frau Thoß werden derzeit durch Firmen in der Region Fachkräfte im Gaststätten-



bereich gesucht. Aber auch Metallberufe, Lagerarbeiter, Wachpersonal und Büroleute mit Englischkenntnissen seien gefragt. Aktuell gibt es auch 15 offene Stellen für Fernfahrer, die nicht besetzt werden können, da es keine Bewerbungen gab, obwohl Bildungsscheine, Zuschüsse für den Arbeitgeber etc. durch die ARGE angeboten wurden.

Kurz gemeldet

Vogtländisches Modell diskutiert

Ende Februar nahmen Plaueus Baubürgermeister Manfred Eberwein (SPD), der stellv. Vorsitzende der SPD-Plauen, Ronny Stieber, und der SPD-Landtagsabgeordnete Enrico Bräunig an einer Beratung der AG-Kommunalpolitik der SPD-Landtagsfraktion zur geplanten Kreisreform teil. Mit der Vorstellung des "Vogtländischen Modells", warben sie für die Kreisfreiheit Plaueus. Das Modell der Vogtländer spart Verwaltungskosten. Denn durch eine kooperative Zusammenarbeit Plaueus mit dem Vogtlandkreis werden "doppelte Ämter" abgeschafft. Eberwein dazu: "Das vogtländische Modell erfüllt die Ziele der sächsischen Verwaltungsreform voll und ganz ohne die Kreisfreiheit Plaueus aufheben zu müssen." Stieber äußerte die Erwartung, dass die Vorschläge aus den Städten und Kreisen berücksichtigt werden.

Beste Geschäftslage

Seit der Wiedervereinigung haben Sachsens Unternehmen ihre Geschäftslage noch nie so gut eingeschätzt wie jetzt. Nach der Konjunkturbefragung der IHKs des Freistaats unter ihren Mitgliedsfirmen beurteilten 45 Prozent der Betriebe ihre Situation als gut. Das sind sieben Prozentpunkte mehr als vor einem halben Jahr. Zugleich halbierte sich der Anteil der Firmen, die über eine schlechte Lage klagen, auf elf Prozent. Für 2007 äußerten sich vor allem die Industrie und die unternehmensnahen Dienstleistungen optimistisch. An der traditionellen IHK-Befragung beteiligten sich 1845 Unternehmen mit rund 97500 Mitarbeitern.

Mehr Sicherheit bei Arzneimitteln und Medizinprodukten



Rolf Schwanitz auf der Regierungsbank

Am 1. März fand im Deutschen Bundestag die 1. Lesung des Gesetzes zur Errichtung der Deutschen Arzneimittel- und Medizinprodukteagentur (DAMA) statt. Die DAMA soll das bisherige Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte ablösen. Mit dem Gesetzentwurf will die Bundesregierung einen wichtigen Beitrag für den Pharmastandort Deutschland

leisten und die Sicherheit von Arzneimitteln und Medizinprodukten erhöhen. Mit der DAMA soll eine moderne Zulassungsstelle, die den Wirtschafts- und Wissensstandort Deutschland im internationalen

Wettbewerb nachhaltig stärkt, geschaffen werden. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit, Rolf Schwanitz, erklärte dazu: "Gerade im europäischen Kontext wird dies immer wichtiger, weil die Arzneimittelbehörden ihre Aufgaben mehr und mehr im europäischen Verbund wahrnehmen und dabei auf die Dauer nur besonders

kompetente, leistungsfähige und flexible Agenturen konkurrenzfähig sind. Die stark mittelständisch geprägte deutsche Arzneimittelindustrie braucht einen starken Partner in Deutschland, um sich in Europa wirksam zu positionieren." Für ebenso wichtig hält Schwanitz aber auch die Vorteile für die Patienten. Denn diese profitieren von einer modernen und effizient arbeitenden Agentur, weil eine höhere Leistungsfähigkeit die Arzneimittelsicherheit stärkt. Zudem soll durch den Gesetzentwurf gleichzeitig mit den Fortentwicklungen im Zulassungsbereich die Pharmakovigilanz – das ist die fortlaufende Überwachung der Arzneimittel nach deren Markteinführung – weiter gestärkt werden.

Dann bitte gleich richtig!

Von Rolf Schwanitz

Der Streit um den Namen der größten Grundschule in Plauen mutet an wie ein Stück aus dem politischen Tollhaus oder vom königlich-bayrischen Amtsgericht! Man muss sich das mal auf der Zunge zergehen lassen: Da kommt ein (zugegebenermaßen sehr konservativer) Minister nach Plauen und lässt eine Bemerkung fallen, wonach es schon von Vorteil wäre, müsse man in Dresden nicht ständig Gelder an eine Plauener „Karl-Marx“-Schule überweisen. An demnorts lägen nach einem solchen Vorgang schon einige kritische Fragen in der Luft. Etwa danach, ob es bei Herrn Flath künftig fi-

nanzielle Zuweisungen nach politischem Wohlverhalten gibt. Oder nach dem ministeriellen Demokratie- und Amtsverständnis. Nicht so bei uns in Plauen. Da setzt sich eifrig ein ganzes Räderwerk in Bewegung. Vom Stadtoberhaupt über den Elternrat bis zur Lehrer- und Schulkonferenz – alle sollen sich mühen, dem ministeriellen Fingerzeig zu entsprechen. Das ist wahrlich ein prächtiges Lehrstück für unsere Jugend und Schüler. So produziert man bestes Anschauungsmaterial für die Erziehung zum mündigen



Plauener Grundschule "Karl Marx"

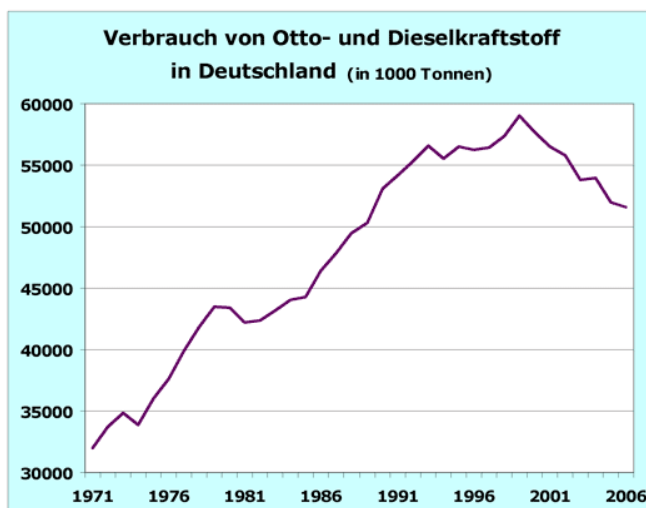
Staatsbürger! Bleibt nur noch eine Frage in Richtung Rathaus offen: Warum so halbherzig? Wenn, dann macht die Sache doch bitte gleich richtig. Macht aus der Karl-Marx-Schule einfach eine Steffen-Flath-Schule! Dann herrschen wenigstens klare Verhältnisse und den Minister wird's freuen.

Ärgerthema Ökosteuer

Im Jahr 1999 führte die damalige rot-grüne Bundesregierung die Ökosteuer ein. Daraufhin brach ein Sturm der Entrüstung los. Vertreter aus Wirtschaft und Politik sparten nicht mit herber Kritik und äußerten die schlimmsten Befürchtungen für Wirtschaft und private Geldbeutel: Arbeit würde teurer, Autofahren könne sich bald keiner mehr leisten. Guido Westerwelle nannte sie das "pure ideologisch begründete Abkas-

sieren..."; die CDU startete Anfang 2000 gar eine bundesweite Kampagne mit dem Titel "Weg mit dieser (ö)K.O.-Steuer". Dabei war die Idee dahinter so einfach wie effektiv: Energie sollte kontinuierlich und verkräftbar verteuert werden, um zum einen den Verbrauchern Anreize zu geben, Energie einzusparen und rationeller einzusetzen, und zum anderen die Lohnnebenkosten zu senken, da die so erzielten Einnahmen

fast vollständig in die Rentenkassen fließen. Wie sieht es heute aus? Mittlerweile möchte selbst die Union nicht mehr auf die Einnahmen der Ökosteuer verzichten. Warum auch – die Ökosteuer wirkt in die gewünschte Richtung. Durch ihre Einnahmen für die Rentenkassen macht die Ökosteuer Arbeit billiger und schafft so Impulse für mehr Beschäftigung. Beim Energieverbrauch ist mit der Einführung der Ökosteuer die Sensibilität der Bevölkerung gewachsen. Umfragen zeigen, dass mehr als die Hälfte der Autofahrer wegen der Ökosteuer mit weniger "Bleifuß" fahren oder das Auto manchmal stehen lassen. Trotz steigender Autozahlen ist der Spritverbrauch in den letzten Jahren deutlich gesunken, Deutschlands CO₂-Ausstoß hat sich spürbar verringert. Die Ökosteuer wirkt also und ist damit eines der wichtigsten Klimaschutzinstrumente in Deutschland.



Alltag vor 20 Jahren:

Telegramm an Kim Il Sung

Erich Honecker gratulierte zur Wiederwahl als KDVR-Präsident

Berlin (ADN/PP) Der Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, übermittelte dem Generalsekretär des ZK der Partei der Arbeit Koreas, Kim Il Sung, anlässlich dessen Wiederwahl zum Präsidenten der KDVR die herzlichsten Glückwünsche und brüderliche Grüße. In dem Telegramm gibt Erich Honecker seiner festen Überzeugung Ausdruck, daß sich die engen Beziehungen der Freundschaft weiter festigen und entwickeln.

Quelle: Freie Presse, 2.1.1987

Treffen mit den befreundeten Parteien

In der SED-Kreisleitung fand am Dienstag nachmittag eine Zusammenkunft des 1. Sekretärs der Kreisleitung der SED, Werner Schweigler, mit Funktionären der befreundeten Parteien und der nationalen Front statt. Daran nahmen teil die Vorsitzenden und Kreissekretäre Karl-Heinz du Vinage und Gottfried Mothes von der DBD, Bernd Gallon und Joachim Günther von der LDPD, Dr. Erhard Fiebig und Fritz Kowalski von der NDPD, Manfred Dostmann und Rainer Schmidt von der CDU, Genosse VR Dr. med. vet. Wolfgang Röder und Genosse Wolfgang Windberg von der Nationalen Front. Werner Schweigler wertete die Beratung des Sekretariats des ZK der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen umfassend aus und sprach zu den Aufgaben, die in Fortsetzung der Beschlüsse des XI. Parteitagés zu lösen sind. Zugleich würdigte der 1. Sekretär die eigenständigen Beiträge der befreundeten Parteien bei der weiteren Umsetzung der Hauptaufgabe. Alle Vorsitzenden sprachen zur Diskussion, dankten dem Sekretariat der SED-Kreisleitung für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Quelle: Freie Presse, 5.3.1987

Alwin Gerisch vor 150 Jahren geboren

Vor 150 Jahren wurde der ehemalige SPD-Vorsitzende in Rautenkranz geboren

Im vogtländischen Morgenröthe-Rautenkranz steht am Waldrand das Geburtshaus von Karl Alwin Gerisch, der am 14. März 1857 als Waldarbeitersohn dort das Licht der Welt erblickte. Er sollte ein Großer der deutschen Sozialdemokratie werden. Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes (1878-90) wurde Alwin Gerisch auf dem SPD-Parteitag in Halle/Saale im Oktober 1890 mit 368 von 375 Stimmen zum Vorsitzenden der SPD neben Paul Singer gewählt. Zum Parteivorstand gehörte damals auch August Bebel, dem man die Finanzen der Par-



Geburtshaus von Alwin Gerisch in Rautenkranz

tei als Hauptkassierer anvertraut hatte. Im Dezember 1892 tauschten Bebel und Gerisch dann ihre Ämter. Bis September 1912 verwaltete Alwin Gerisch knapp 20 Jahre lang die Finanzen der mitgliederstärksten Partei Deutschlands. Bis Oktober 1917 gehörte er dem Parteivorstand an, ehe er wegen schwerer Erkrankung in den Ruhestand gezwungen wurde. Er erlebte das Ende des deutschen Kaiserreiches nach dem 1. Weltkrieg und den demokratischen Neubeginn Deutschlands mit der Gründung der Wei-



marer Republik. Am 8. August 1922 verstarb Alwin Gerisch in Berlin. Neben seiner politischen Arbeit war Gerisch Autor und schrieb unter anderem Erzählungen und Roma-

ne. Dabei schöpfte er aus dem eigenen Erleben und berichtete schon als 16jähriger Lehrling im Crimmitschauer Blatt „Bürger- und Bauernfreund“ von einer antisozialdemokratischen Predigt des Pfarrers seines Heimatortes. Sozialdemokraten galten damals in gewissen Kreisen als „vaterlandslose Gesellen“. 1918 veröffentlichte er sein letztes Buch im Verlag des „Vorwärts“ in Berlin unter dem Titel „Erzgebirgisches Volk. Erinnerungen von A.Ger.“ Dort beschreibt er unter seinem Pseudonym „A.Ger.“ das harte Leben der Wald- und Industriearbeiterschaft jener Zeit. Morgenröthe-Rautenkranz ehrte den Sozialdemokraten Gerisch bereits vor Zeiten mit der Alwin-Gerisch-Straße und einer Gedenktafel an seinem Geburtshaus, die dem aufmerksamen Leser aber Rätsel aufgibt: Als Vorname ist dort nicht Al-

win, sondern „Albin“ zu lesen. Die Hiesigen werden sicher wissen, wie das zustande kam! Im Jahre 1982 erschien im Kölner Pahl-Rugenstein Verlag (Verlag für Hochschulschriften der Gesellschafts- und Naturwissenschaften) eine Untersuchung

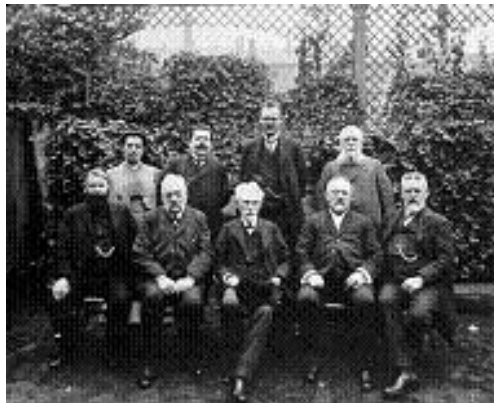
von Manuel Köppen über den Politiker und Autor Alwin Gerisch. Köppen stellt fest: *„Die Lebensgeschichte Gerischs ist die Geschichte eines außergewöhnlichen Aufstiegs: aus den elenden Lebensbedingungen im ärmsten Teil Deutschlands zur hochbezahlten Stellung eines einflussreichen Führers der deutschen Arbeiterbewegung.“* Belegt ist auch, dass sich Alwin Gerisch nicht zu schade war, mit Rat und Tat seine Lebenserfahrung als Sozialde-



Gedenktafel am Haus

mokrat in die kommunale Politik einzubringen. Im Ruhestand, nach seinem krankheitsbedingten Ausscheiden aus dem Parteivorstand, stand er der Gemeindevertretung von Treptow, damals noch ein Berliner Vorort, beratend zur Seite. Auch dafür Hochachtung – und das nicht zuletzt!

Helmut Unger, SPD-Ortsverein Waldgebiet Vogtland



SPD-Parteivorstand 1909 in Leipzig (v.l.n.r.) Oben: Luise Zietz, Friedrich Ebert, Hermann Müller, Robert Wengels, Unten: Alwin Gerisch, Paul Singer, August Bebel, Wilhelm Pfannkuchen, Hermann Molkenbuhr

Kurz gemeldet

SPD-Plauen stellt keinen Gegenkandidaten

Am 5. März 2007 fand eine Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Plauen statt. Wichtigstes Thema dabei war die bevorstehende Oberbürgermeisterwahl in Plauen. Die SPD-Mitglieder verständigten sich nach lebhafter Diskussion darauf, keinen Gegenkandidaten zur Wahl des Plauener Oberbürgermeisters im Juni dieses Jahres aufzustellen. In der jetzigen Situation, in der Plauen um den Erhalt der Kreisfreiheit kämpft, ist es aus Sicht der SPD nicht sinnvoll, die klare Position des Oberbürgermeisters und der Stadt Plauen in dieser Auseinandersetzung zu schwächen.

Kampf gegen Aids soll verstärkt werden

Die Bundesregierung will die Ausgaben für den Kampf gegen die Immunschwächekrankheit Aids deutlich erhöhen. Dazu verabschiedete das Bundeskabinett einen Aktionsplan, mit dem unter anderem die Mittel zur weltweiten Bekämpfung von HIV/Aids sowie von Malaria und Tuberkulose in diesem Jahr um rund ein Drittel auf 400 Millionen Euro erhöht werden. Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt sagte, bei HIV/Aids handele es sich trotz verbesserter Medikamente weiterhin um eine tödliche Krankheit. Für die Bundesregierung sei daher die Prävention oberste Maxime. Dabei gehe es sowohl um Angebote für bestimmte Zielgruppen, wie auch um eine enge Zusammenarbeit mit Ländern, Kommunen, gesellschaftlichen Gruppen und NGO's. Ein Schwerpunkt müsse dabei im osteuropäischen Raum liegen, wo die Zahl der Neuinfektionen sehr hoch ist.

Rolf Schwanitz MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030-2277937
Fax: 030-22776937
rolf.schwanitz@bundestag.de

Freiheitsstr. 13
08523 Plauen
Tel: 03741-134118
Fax: 03741-708486
rolf.schwanitz@wk.bundestag.de

Sie finden mich auch im Internet:

www.rolf-schwanitz.de

Aus dem Terminkalender von Rolf Schwanitz:

20.3.2007, 10 Uhr, SPD-
Arbeitsgruppe Gesundheit
in Berlin

20.3.2007, 15 Uhr, SPD-
Bundestagsfraktion in Ber-
lin

21.3.2007, 9 Uhr, Gesund-
heitsausschuss in Berlin

21.3.2007, 14 Uhr, Öffent-
liche Anhörung in Berlin

21.3.2007, 19 Uhr, Veran-
staltung zur Gesundheits-
politik in Altenburg

26.3.2007, 10 Uhr, Besuch
im Robert-Koch-Institut in
Berlin

28.3.2007, 13 Uhr, Öffent-
liche Anhörung in Berlin

29.3.2007, 11 Uhr, Presse-
konferenz zum Weltge-
sundheitstag in Berlin

Die nächste Bürger- sprechstunde:

17.4.2007, 10-16 Uhr

Alle Sprechstunden finden
im Plauener Wahlkreisbüro
in der Freiheitsstraße 13
statt. Telefonische Anmel-
dungen unter 03741-
134118.

Rat des Abgeordneten gefragt

Regier Andrang herrschte wieder zur vergangenen Bürgersprechstunde von Rolf Schwanitz. Von 9 Uhr bis 15 Uhr gaben sich die Bürger praktisch die Klinke in die Hand. Die Spannweite der Themen reichte dabei von Arbeitgeberpflichten über die Aufbewahrungsfristen für Lohnakten aus DDR-Zeiten, Rentenansprüche für mit-helfende Unternehmerfrauen, Niederlassungsmöglichkeiten für Kassenärzte bis hin zu Leistungsfragen in der gesetzlichen Krankenversicherung. Rolf Schwanitz hat für alle Fragen ein offenes Ohr und bemüht sich, für jedes Problem eine Lösung zu finden. Bürgersprechstunden finden regelmäßig einmal monatlich statt. Die Termine werden hier im Vogtletter, auf der Homepage von Rolf Schwanitz sowie im Vogtlandanzeiger und im

Wochenspiegel veröffent-licht und können auch im Wahlkreisbüro erfragt werden. Bei Bedarf können auch individuelle Termine vereinbart werden. Wer Interesse an einem Gespräch mit dem Abgeordneten hat, wendet sich bitte an das Wahlkreisbüro (Kontaktdaten siehe unten links).



Anlaufpunkt für Bürger: Das Wahlkreisbüro von Rolf Schwanitz in der Plauener Freiheitsstraße 13

Post will in Mühltruff bleiben

Unmittelbar nachdem bekannt wurde, dass die Deutsche Post ihre Filiale in Mühltruff am 23. Februar schließt, hatte Rolf Schwanitz sich deswegen an den "Gelben Riesen" gewandt. Ende Februar dann traf er sich mit der Politikbeauftragten der Deutschen Post, Frau Ulrich, zu einem Ge-

spräch und drang auf eine schnellstmögliche Lösung des Versorgungsproblems in Mühltruff. Frau Ulrich versicherte, dass die Deutsche Post am Standort Mühltruff festhalten will und eine schnelle Lösung des Problems anstrebt. Dazu müsste jedoch erst ein neuer Vertragspartner gefunden werden. Rolf Schwanitz zeigte sich nach dem Gespräch zuversichtlich, dass es in absehbarer Zeit wieder eine Postfiliale in Mühltruff geben werde.



Freche Strolche



He Maxe, wo willst'n hi mit Deinem Klappstuhl und der Verpflegung?

Ich mach naus zum Amtsgericht un stell mich o für de besten Plätze!

Warum'n das? Is da was los, da draußen?

Na freilich, da gibt's doch jetzt den großn Schaubrozeß geschn den OB, Moritz!

Wieso d'n das Maxe, hat den Oberdorfer jemand angeklacht?

Ja, de Freie Presse!

Soon Blödsinn Maxe, de Zeitung verklacht doch nich unnern Oberbürschermeister!

Doch Moritz, weschn Geschäftsschädigung!

Wieso dn das Maxe?

Du liest wo garkeene Zeitung Moritz! Es geht um de Bürchermeisterkandidaten.

Un wieso sin die geschäftsschädigend für de Freie Presse Maxe?

Na de SPD stellt keenen uff, de PDS stellt keenen uff un nu müssen se wieder dauernd über den von dr CDU schreim, den sowieso keener will!

Kurz gemeldet

SPD im Waldgebiet hat eigene Homepage

Der SPD-Ortsverein Waldgebiet Vogtland (Hammerbrücke, Tannenbergesthal und Morgenröthe/Rautenkranz) hat seit kurzem eine eigene Homepage, auf der über Aktuelles aus den drei Dörfern, dem Landkreis, aus Sachsen und dem Bund berichtet wird.
www.spd-waldgebiet-vogtland.de